

B3-Umgehung: Streit um Entschädigung

CDU-Bundestagsabgeordnete Maria Flachsbarth spricht mit Hemminger Landwirten und ist zu Gast im Rathaus

Der Wertverlust bei Grundstücken im Zuge des Baus der B-3-Ortsumgehung und der Zustrom von Flüchtlingen: Das waren gestern die Hauptthemen bei einem Besuch der Parlamentarischen Staatssekretärin Maria Flachsbarth (CDU) in Hemmingen.

VON ANDREAS ZIMMER



Claus Schacht zeigt Maria Flachsbarth beim Rathausrundgang das Modell des Mausoleums. Zimmer

Hemmingen.

Der Frust sitzt tief: „Wir haben uns für den Bau der B-3-Ortsumgehung unter anderem in Arbeitskreisen engagiert“, sagte ein Landwirt. „Dass wir am Ende so bestraft werden ...“, klagte er im Gespräch mit Maria Flachsbarth im Café Schneeweiß in Hemmingen. Die Bundestagsabgeordnete hatte sich dort Montag mit Vertretern einer neuen Interessengemeinschaft getroffen, um über die Flurbereinigung im Zuge der B-3-neu zu sprechen. Landwirte und sonstige Eigentümer von Grundstücken, die für den Bau der Umgehungsstraße benötigt werden, haben andere Preisvorstellungen für ihr Ackerland als der Bund. „Die Preise schießen durch die Decke“, sagte ein Landwirt.

Maria Flachsbarth sprach von „schwierigen Verhandlungen“. Der Bau der Umgehungsstraße sei wichtig, „aber es darf keine unbillige Härte geben“. In den Bemühungen um einen Ausgleich will sie nun den Niedersächsischen Wirtschaftsminister anschreiben. Auch die Landwirte wollen einen Brief an ihn verfassen. Ersatzflächen in einer Größe von rund 40 Hektar gibt es in Hemmingen, die im Hinblick auf ihre Fläche kleinste Kommune in der Region Hannover, nicht. Flachsbarth schlug vor zu prüfen, ob die Niedersächsische Landgesellschaft (NLG) in zumutbarer Nähe Flächen anbieten könnte.

Besuch bei Bürgermeister:

Die Flurbereinigung war gestern Mittag nur ein Thema mit Bürgermeister Claus Schacht (SPD) und der Ersten Stadträtin Regina Steinhoff im Rathaus. Maria Flachsbarth sagte: „In Hemmingen zu sein, ohne über die B 3 zu sprechen, da würde mir was fehlen.“ Im Hinblick auf die Unterbringung von Flüchtlingen verdeutlichte

Schacht die Probleme einer Kommune wie Hemmingen in einem Ballungsraum. Zu prüfen sei, ob es deutschlandweit in dicht besiedelten Gebieten nicht einen anderen Verteilerschlüssel geben sollte. Flachsbarth merkte an, möglicherweise könnten Flüchtlinge, wenn ihr Anerkennungsverfahren zügig innerhalb von drei bis fünf Monaten verläuft, in zentralen Einrichtungen bleiben.

Dem Hinweis, dass Dozenten in Integrationskursen der Volkshochschulen trotz Bedarf nur befristet eingestellt werden können, weil es sonst zu Problemen bei der Scheinselbstständigkeit komme, will Flachsbarth im Finanzministerium nachgehen. „Hier muss es eine pragmatische Lösung geben“, sagte sie.

Ein weiteres Thema war die Regionsumlage. Flachsbarth kritisierte, dass die Region die Einsparungen, die sie bei der Grundsicherung im Alter erziele, weil der Bund mehr Geld gibt, nicht weitergebe. Schacht pflichtete ihr bei: Die Einsparungen dürften nicht „im Schwamm der Region aufgesogen werden“.

MONTAG, 22 JUNI 2015